



BMF - I/4 (I/4)
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Sachbearbeiterin:
Mag. Beate Sternig
Telefon +43 (1) 514 33 501167
Fax 01514335901167
e-Mail Beate.Sternig@bmf.gv.at
DVR: 0000078

per E-Mail:
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

GZ. BMF-111305/0003-I/4/2008

Betreff: GZ BMWA-462.301/0007-III/7/2008 vom 20. März 2008

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Krankenanstalten-
Arbeitszeitgesetz geändert wird; Stellungnahme des Bundesministeriums
für Finanzen
(Frist: 9. Mai 2008)**

Zu dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit erstellten und mit Note vom 20. März 2008 unter der Zahl BMWA-462.301/0007-III/7/2008 zur Begutachtung versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz geändert wird, erlaubt sich das Bundesministerium für Finanzen in der Anlage seine Stellungnahme in elektronischer Form zu übermitteln.

07.04.2008

Für den Bundesminister:

Mag. Gerhard Wallner
(elektronisch gefertigt)

Anlage



BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

BMF - I/4 (I/4)
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

An
Bundesministerium für Wirtschaft und
Arbeit
Stubenring 1
1011 Wien

Sachbearbeiterin:
Mag. Beate Sternig
Telefon +43 (1) 514 33 501167
Fax 01514335901167
e-Mail Beate.Sternig@bmf.gv.at
DVR: 0000078

GZ. BMF-111305/0003-I/4/2008

Betreff: GZ BMWA-462.301/0007-III/7/2008 vom 20. März 2008

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Krankenanstalten-
Arbeitszeitgesetz geändert wird; Stellungnahme des Bundesministeriums
für Finanzen; (Frist: 9. Mai 2008)**

Das Bundesministerium für Finanzen beeht sich, zu dem im Betreff genannten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Mit gegenständlichem legislativen Vorhaben wird der Adressatenkreis der normierten Informationsverpflichtungen im Zusammenhang mit stationären Pflegestationen erweitert. Die Informationsverpflichtungen selbst sind zwar im Rahmen der Basiserhebung „Verwaltungskosten senken für Unternehmen“ bereits im Arbeitszeitgesetz erfasst worden, die entsprechenden Adaptierungen in der Datenbank BRIT sind jedoch noch ausständig.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wird daher ersucht, die Änderungen gemäß § 2 Abs 3 iVm § 9 Standardkostenmodell-Richtlinien, BGBl. II Nr. 233/2007 in der Datenbank BRIT zu dokumentieren, im Speziellen die notwendige Umgruppierung vorzunehmen.

Das Bundesministerium für Finanzen ersucht um entsprechende Berücksichtigung der gegenständlichen Stellungnahme.

Dem Präsidium des Nationalrates wurde die Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen zum gegenständlichen Entwurf in elektronischer Form zugeleitet.

29.04.2008

Für den Bundesminister:

Mag. Gerhard Wallner
(elektronisch gefertigt)